

Inhaltsverzeichnis

Vorwort ..... V  
Verzeichnis der Fälle ..... XXIII  
Abkürzungsverzeichnis ..... XXV  
Literaturverzeichnis ..... XXXVII

Einführung ..... 1

Umweltrecht – Allgemeiner Teil

§ 1. Umweltvölkerrecht ..... 9  
    I. Einleitung ..... 9  
        1. Hintergrund ..... 9  
        2. Entwicklung ..... 9  
        3. Konferenz von Rio de Janeiro ..... 10  
        4. „Rio-follow-up“-Prozess ..... 12  
    II. Die Quellen des Umweltvölkerrechts ..... 14  
        1. Völkervertragsrecht ..... 14  
        2. Völkergewohnheitsrecht ..... 15  
            a) Verbot erheblicher grenzüberschreitender Umweltschädigungen .. 16  
            b) Vernünftige Teilung gemeinsamer Ressourcennutzung ..... 17  
            c) Sonstige völkergewohnheitsrechtliche Grundsätze ..... 17  
                aa) Informations-, Warnpflicht und Konsultationspflicht ..... 17  
                bb) Schadensvermeidungspflicht ..... 18  
                cc) Vetorecht ..... 18  
                dd) Recht zur ökologischen Intervention ..... 18  
        3. Allgemeine Rechtsgrundsätze ..... 19  
        4. Hilfsquellen ..... 19  
        5. Soft law ..... 20  
    III. Schutz des Einzelnen vor grenzüberschreitenden  
        Umweltbeeinträchtigungen ..... 20  
        1. Völkerrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten ..... 21  
        2. Rechtsstellung ausländischer Grenznachbarn im  
            Verwaltungsverfahren und im Verwaltungsgerichtsprozess ..... 21  
§ 2. Umwelteuroparecht ..... 22  
    I. Einleitung ..... 22  
        1. Hintergrund ..... 22  
        2. Entwicklung ..... 24  
    II. Die Ziele, Prinzipien und Berücksichtigungsgebote ..... 26  
        1. Ziele ..... 26  
        2. Prinzipien ..... 28  
        3. Berücksichtigungsgebote ..... 33  
    III. Die Kompetenzen und Handlungsformen ..... 33  
        1. Kompetenzen ..... 33  
            a) Direkte Umweltschutzkompetenz ..... 33

b) Indirekte Umweltschutzkompetenzen .....	36
2. Handlungsformen .....	37
IV. Die Abgrenzung der Kompetenzgrundlagen .....	39
1. Zulässigkeit .....	39
2. Begründetheit .....	40
a) Praktische Relevanz der Abgrenzung .....	40
b) Gemischt subjektiv-objektive Abgrenzungsmethode und Schwerpunkttheorie .....	41
3. Zusammenfassung und Ergebnis .....	44
V. Die nationale Schutzverstärkung .....	45
1. Zulässigkeit .....	45
2. Begründetheit .....	46
a) Vorüberlegungen .....	46
b) Formelle Rechtmäßigkeit .....	48
c) Materielle Rechtmäßigkeit .....	49
aa) Rechtfertigungsgrund .....	49
bb) Schutzverstärkung trotz Zustimmung bzw. Einstimmigkeit ..	50
cc) Neue wissenschaftliche Erkenntnisse .....	50
dd) Spezifisches Problem des Mitgliedstaates .....	50
ee) Nachträgliches Problem des Mitgliedstaates .....	51
ff) Verhältnismäßigkeit iwS .....	51
gg) Behinderung des Funktionierens des Binnenmarktes .....	52
hh) Keine willkürliche Diskriminierung .....	53
ii) Keine verschleierte Beschränkung des Handels .....	53
3. Ergebnis .....	54
VI. Die Umsetzung von Umweltschutzrichtlinien in nationales Recht .....	54
<b>§ 3. Umweltverfassungsrecht .....</b>	<b>55</b>
I. Das Staatsziel Umweltschutz .....	55
1. Entstehungsgeschichte .....	56
2. Rechtsnatur .....	57
3. Schutzgüter und Schutzperspektive .....	59
4. Schutzzumfang und -niveau .....	61
5. Adressaten .....	62
II. Der Grundrechtsschutz gegenüber Umwelteingriffen .....	64
1. Kein allgemeines Grundrecht auf Umweltschutz .....	64
2. Grundrechte als Abwehrrechte .....	65
3. Schutzpflichten aus Grundrechten .....	66
III. Zwischenergebnis: Die begrenzte Steuerungskraft des Umweltverfassungsrechts .....	74
IV. Die Schadensersatz- bzw. Entschädigungsansprüche .....	75
V. Die verfassungsrechtlichen Grenzen für den Umweltschutz .....	76
VI. Die Gesetzgebungskompetenzen im Umweltschutz .....	78
1. Überblick .....	78
2. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenzen .....	79
3. Abweichungsgesetzgebung .....	81
4. Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht .....	82
5. System der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen .....	82

6. Ergebnis (Fall 4) . . . . .	82
VII. Die Verwaltungskompetenzen im Umweltschutz . . . . .	83
<b>§ 4. Strukturen, Prinzipien und Instrumente des Umweltrechts . . . .</b>	<b>85</b>
I. Einleitung . . . . .	85
II. Das Vorhaben eines Umweltgesetzbuchs . . . . .	86
III. Der Begriff und Zweck des Umweltrechts . . . . .	91
IV. Die Prinzipien des Umweltrechts . . . . .	92
1. Vorsorgeprinzip . . . . .	93
2. Verursacherprinzip . . . . .	95
3. Kooperationsprinzip . . . . .	97
4. Nachhaltigkeitsprinzip . . . . .	99
5. Integrationsprinzip . . . . .	102
V. Die Instrumente des Umweltrechts . . . . .	104
1. Planungsinstrumente . . . . .	104
a) Umweltschutz durch Fachplanung . . . . .	105
b) Umweltschutz durch raumbezogene Gesamtplanung . . . . .	109
aa) Raumordnung . . . . .	109
bb) Bauleitplanung . . . . .	111
2. Ordnungsrechtliche Instrumente . . . . .	114
a) Eröffnungskontrollen . . . . .	114
aa) Verbot mit Anzeigevorbehalt . . . . .	115
bb) Präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt . . . . .	115
cc) Repressives Verbot mit Befreiungsvorbehalt . . . . .	115
b) Überwachung und repressives Einschreiten der Verwaltung . . . . .	116
aa) Auskunftsrechte und -pflichten . . . . .	116
bb) Umweltpflichten . . . . .	116
cc) Eingriffsbefugnisse . . . . .	116
3. Umweltverträglichkeitsprüfung und Strategische Umweltprüfung . . . . .	118
a) Allgemeines . . . . .	118
b) Begriff und Rechtsnatur . . . . .	119
c) Umweltverträglichkeitsprüfung . . . . .	120
aa) Anwendungsbereich . . . . .	120
bb) Verfahren . . . . .	123
d) Probleme . . . . .	125
e) Strategische Umweltprüfung . . . . .	127
aa) Anwendungsbereich . . . . .	128
bb) Verfahren . . . . .	129
4. Indirekte bzw. „ökonomische“ Instrumente . . . . .	130
a) Umweltabgaben . . . . .	131
aa) Umweltsteuern . . . . .	131
bb) Umweltgebühren und -beiträge . . . . .	133
cc) Umweltsonderabgaben . . . . .	134
b) Zertifikatehandel . . . . .	135
c) Umweltsubventionen . . . . .	136
d) Umweltschutz im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe . . . . .	137
5. Informale Instrumente . . . . .	138
6. Umwelthaftung . . . . .	140

a)	Öffentliches und privates Umweltrecht	140
b)	Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs	141
aa)	Unterlassungsansprüche	141
bb)	Schadensersatzansprüche	141
cc)	Privatrechtsgestaltende Wirkung	142
c)	Umwelthaftungsgesetz	143
d)	Umweltschadensgesetz	143
aa)	Anwendungsbereich	144
bb)	Begriff des Umweltschadens	144
cc)	Begrenzung des Anwendungsbereichs	145
dd)	Verantwortlichkeit	146
ee)	Pflichten des Verantwortlichen	146
7.	Strafrechtliche Haftung für Umweltverschmutzungen	147
VI.	Die Umweltinformation durch Behörden und Unternehmen	148
1.	Grundlagen der Informationsansprüche	149
a)	Funktionen eines freien Informationszugangs	149
b)	Verfassungsrechtliche Verankerung	150
c)	Anspruchsgrundlagen	151
aa)	Akteneinsichtsrechte und allgemeine Auskunftsansprüche	151
bb)	Informationsfreiheitsgesetz	151
cc)	Umweltinformationsgesetz	152
dd)	Verbraucherinformationsgesetz	152
2.	Anspruchsvoraussetzungen der Informationszugangsansprüche	153
a)	Anspruchsberechtigung	153
b)	Anspruchsverpflichtete	154
c)	Anspruchsgegenstände	155
d)	Ausnahmen	155
e)	Verfahren und Rechtsschutz	159
3.	Umweltaudit (EMAS)	160
a)	Allgemeines	160
b)	Verfahrensschritte	161
c)	Umwelterklärung	162

<b>§ 5.</b>	<b>Umweltrechtsschutz</b>	162
I.	Einleitung	162
1.	Hintergrund	162
2.	Entwicklung	163
3.	Rechtsgrundlagen	165
a)	Nationales Sonderverwaltungsprozessrecht	165
b)	Völker- und Unionsrecht	168
II.	Der individuelle Umweltrechtsschutz	169
1.	Zulässigkeit	169
a)	Allgemeines	169
b)	Schutznormakzessorietät	170
c)	Rechtsschutz gegen Verfahrensfehler	172
d)	Völkerrechtliche Öffnung der Klagebefugnis?	174
e)	Grenzüberschreitende Nachbarklagen	178
2.	Begründetheit	178

a) Aufhebungsanspruch .....	179
aa) Materielle Rechtsverletzung .....	179
bb) Verfahrensrechtsverletzung .....	180
b) Kontrolldichte .....	183
c) Mehrstufige Verfahren .....	184
3. Einstweiliger Rechtsschutz .....	185
III. Der Rechtsschutz von Umweltverbänden .....	185
1. Allgemeines .....	186
2. Zulässigkeit .....	186
3. Begründetheit .....	188
IV. Der Umweltrechtsschutz von Gemeinden .....	191
V. Der Umweltrechtsschutz vor ordentlichen Gerichten .....	192

## Besonderer Teil des Umweltrechts

<b>§ 6. Klimaschutz- und Umweltenergierecht (Kahl/Gärditz/Lorenzen)</b> .....	193
I. Einleitung .....	193
1. Hintergrund .....	193
2. Begriffsfragen und systematische Einordnungen .....	194
a) Begriffe .....	194
aa) Klimaschutzrecht .....	194
bb) Umweltenergierecht .....	195
b) Klimaschutz und Umweltenergie als eigenständige (Teil-) Rechtsgebiete des Umweltrechts .....	195
3. Rechtsgrundlagen .....	195
a) Klimaschutzrecht .....	195
aa) Völkerrecht .....	195
bb) Unionsrecht .....	196
cc) Nationales Recht .....	199
(1) Bundesrecht .....	199
(2) Landesrecht .....	201
(3) Kommunales Recht .....	202
b) Umweltenergierecht .....	203
aa) Völkerrecht .....	203
bb) Unionsrecht .....	204
cc) Nationales Recht .....	206
II. Die Instrumente des Klimaschutzrechts .....	207
1. Ordnungsrechtliche Instrumente .....	207
2. Emissionszertifikatehandel als ökonomisches Anreizinstrument .....	208
a) Grundlagen .....	208
b) Europäischer Emissionszertifikatehandel .....	209
aa) Funktionsweise des EU-EHS I .....	209
(1) Emissionsgenehmigung und Emissionsberechtigungen ..	209
(2) Abgabe und Zuteilung der Zertifikate .....	210
bb) Vereinbarkeit mit Grundrechten .....	211
cc) Rechtsschutz .....	211
dd) Emissionshandel für die Sektoren Verkehr und Gebäude (EU-EHS II) .....	212

c) Nationaler Emissionszertifikatehandel	212
aa) Funktionsweise	212
bb) Verfassungsmäßigkeit	214
cc) Rechtsschutz	215
3. Planungsrechtliche Instrumente	215
a) Fachplanung	215
b) Raumplanung	216
c) Bauleitplanung und örtliche Landschaftsplanung	217
d) Klimaschutzplanung	218
e) Kommunale Wärmeplanung	218
4. Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Berücksichtigungsgebot	219
III. Die Instrumente des Umweltenergierechts	220
1. Förderung von Strom aus Erneuerbaren Energien	220
a) Ziele und Anwendungsbereich des EEG	221
b) Gesetzlicher Vorrang der Erneuerbaren Energien	221
c) Stärkung der lokalen Akzeptanz	222
d) Fördermechanismen	223
2. Ausbau der Windenergie an Land	225
3. Ausbau der Offshore-Windenergie	227
4. Ausbau von Photovoltaik-Anlagen	229
5. Förderung von Grünem Wasserstoff	230
6. Energieeinsparung und Energieeffizienz	231
7. Gebäudeenergie	233
a) Energetische Mindestanforderungen an Gebäude	233
b) Energieausweise	234
c) Finanzielle Förderung	234
8. Kraft-Wärme-Kopplung	234
9. Anschluss- und Benutzungszwang	235
IV. Der Netzausbau	236
1. Hintergrund	236
2. Netzausbau nach EnWG	237
3. NABEG	238
4. Exkurs: Aufbau einer LNG-Importinfrastruktur	239
V. Der Atomausstieg	240
1. Stilllegung der Kernkraftwerke	240
a) Hintergrund und Rechtsgrundlagen	240
b) Beschleunigter Atomausstieg	241
2. Endlagersuche	243
VI. Der Kohleausstieg	244
1. Reduzierung und Beendigung der Steinkohleverstromung	244
2. Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung	246
3. Unions- und Verfassungsrechtskonformität	246
a) Unionsrecht	246
b) Verfassungsrecht	249
VII. Climate Change Litigation	251
1. Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche	252
2. Staatliche Schutzpflichten und intertemporale Freiheitssicherung	253
VIII. Perspektiven	259

<b>§ 7. Immissionsschutzrecht</b>	262
I. Einleitung	262
1. Hintergrund	262
2. Entwicklung	263
3. Rechtsgrundlagen	264
a) Völker- und Europarecht	264
b) Bundesrecht	265
c) Landesrecht	266
II. Die genehmigungsbedürftigen Anlagen	267
1. Genehmigungsbedürftigkeit	267
a) Systematische Unterscheidung genehmigungsbedürftiger und nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen	267
b) Genehmigungsbedürftigkeit einer Anlage	267
c) Störfallrechtliche Genehmigungspflicht nach der Seveso-III-Richtlinie	269
d) Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie	270
e) Rechtsfolgen eines Anlagenbetriebs ohne Genehmigung	270
2. Formelle Genehmigungsvoraussetzungen	270
a) Zuständigkeit	270
b) Genehmigungsverfahren	271
aa) Verfahrensart	271
bb) Förmliches Genehmigungsverfahren	272
(1) Einleitung des Verfahrens	273
(2) Behördenbeteiligung und -koordination	274
(3) Öffentlichkeitsbeteiligung	275
(4) Präklusion	276
(5) Entscheidung	276
cc) Vereinfachtes Genehmigungsverfahren	277
c) Ordnungsgemäße Form	277
d) Fehlerfolgen	278
3. Materielle Genehmigungsvoraussetzungen	279
a) Betreiberpflichten	279
aa) Schutzgrundsatz	279
bb) Vorsorgegrundsatz	282
cc) Abfallvermeidungsgrundsatz und Energieverwendungspflicht	284
dd) Nachsorgepflichten	285
b) Rechtsverordnungen	285
c) Vereinbarkeit mit anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften	285
4. Entscheidung der Immissionsschutzbehörde	286
a) Genehmigungstyp	286
b) Nebenbestimmungen	286
c) Konzentrationswirkung	287
d) Zulassung vorzeitigen Beginns	288
5. Erlöschen der Genehmigung	288
III. Die mehrstufigen Verwaltungsverfahren	289
1. Vorbescheid	290
a) Regelungsgehalt	290
b) Bindungswirkung	290

2. Teilgenehmigung	291
a) Rechtscharakter	291
b) Bindungswirkung	291
3. Rechtsschutz	291
a) Entgegenstehen des Vorbescheids	292
b) Entgegenstehen einer früheren Teilgenehmigung	293
IV. Die Entscheidungen nach Genehmigungserteilung	294
1. Nachträgliche Anordnungen	294
a) Rechtmäßigkeit nachträglicher Anordnungen	294
aa) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	295
bb) Drittschutz	296
b) Bestandsschutz	296
aa) Genehmigungsrecht	296
bb) Eigentumsrecht	297
2. Änderungsgenehmigung	297
3. Untersagung, Stilllegung und Widerruf	299
a) Untersagung	299
b) Stilllegung und Beseitigung	299
c) Widerruf	299
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	300
V. Die zivilrechtlichen Nachbaransprüche	300
VI. Die nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen	301
1. Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen	301
a) Anlagenbegriff	301
b) Anlagenbezug	302
c) Betreiben	302
2. Anordnungen im Einzelfall	303
a) Betreiberpflichten	303
b) Rechtsverordnungen	304
c) Privilegierung von Kinderlärm	305
3. Betriebsuntersagung	306
4. Rechtsschutz	306
a) Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch	306
b) Anspruch gegen die Immissionsschutzbehörde auf Einschreiten	307
5. Verhältnis zu anderen Vorschriften	308
a) Anforderungen in anderen Gesetzen	308
b) Konkurrenz der Eingriffsnormen	308
VII. Die anlagenbezogene Überwachung	309
VIII. Der verkehrsbezogene Immissionsschutz	310
IX. Der gebietsbezogene Immissionsschutz	311
1. Gebietsbezogener Immissionsschutz und Umweltplanung	311
2. Luftreinhalteplanung	312
a) Luftreinhaltepläne	312
b) Pläne für kurzfristig zu ergreifende Maßnahmen	317
3. Lärmaktionsplanung	317
4. Rechtsschutz	318
a) Gerichtliche Durchsetzung der Planaufstellungs- und -fortschreibungspflicht	318

b) Gerichtliche Durchsetzung des Planvollzugs .....	321
c) Anspruch auf planunabhängige Maßnahmen .....	322
d) Rechtsschutz .....	322
<b>§ 8. Gewässerschutzrecht .....</b>	<b>324</b>
I. Einleitung .....	324
1. Hintergrund .....	324
2. Entwicklung .....	324
3. Rechtsgrundlagen .....	325
a) Völkerrecht .....	325
b) Europarecht .....	325
c) Bundes- und Landesrecht .....	328
d) Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten .....	329
II. Die Grundsätze und Strukturen des Wasserhaushaltsgesetzes .....	330
1. Sicherung und Bewirtschaftung der Gewässer .....	330
2. Allgemeine Sorgfaltspflicht .....	331
3. Öffentliche Wasserversorgung .....	331
4. Wassernutzung und Grundeigentum .....	332
III. Die wasserwirtschaftliche Benutzungsordnung .....	332
1. Materielle Anforderungen an die Gewässernutzung .....	333
a) Sachlicher Geltungsbereich des WHG .....	333
b) Gewässerbenutzungen .....	334
2. Materielle Anforderungen an die Gestattung .....	335
a) Gestattungspflicht .....	335
b) Art der Gestattung .....	335
c) Materielle Rechtmäßigkeit .....	337
aa) Versagungsgründe .....	337
(1) Schädliche Gewässerveränderungen .....	337
(2) Andere öffentlich-rechtliche Normen .....	337
(3) Verschlechterungsverbot .....	338
(4) Verbesserungsgebot .....	340
(5) Besondere Anforderungen an die Abwasserbehandlung ..	341
bb) Bewirtschaftungsermessen .....	343
cc) Drittschutz .....	343
3. Planfeststellungspflichtiger Gewässerausbau .....	344
a) Planrechtfertigung .....	345
b) Abwägungsgebot .....	346
c) Zwingende Rechtsvorschriften .....	347
aa) Abwägungsresistente Planungsleitsätze .....	348
bb) Besonderheiten beim Ausbau zur Wasserkraftnutzung .....	348
IV. Die Sonderprobleme des Frackings .....	350
1. Fracking als gestattungspflichtiger Benutzungstatbestand .....	350
2. Erprobungsmaßnahmen .....	351
V. Die Gewässeraufsicht .....	351
VI. Die Wasserschutzgebiete .....	353
1. Ermächtigungsgrundlage und Rechtsform .....	353
2. Materielle Rechtmäßigkeit von Wasserschutzgebietsverordnungen ..	355
a) Inhalt .....	355

b) Festsetzungszwecke . . . . .	355
c) Voraussetzungen der Festsetzung . . . . .	356
3. Ermessen . . . . .	356
4. Vereinbarkeit mit Art. 14 GG . . . . .	357
5. Entschädigung oder Billigkeitsausgleich . . . . .	358
VII. Die wasserwirtschaftliche Planung . . . . .	359
1. Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme . . . . .	359
2. Überwachungs- und Maßnahmenprogramme zur Bewirtschaftung von Meeresgewässern . . . . .	360
VIII. Die Gewässerunterhaltung . . . . .	362
IX. Der Hochwasserschutz . . . . .	362
<b>§ 9. Bodenschutzrecht . . . . .</b>	<b>364</b>
I. Einleitung . . . . .	364
1. Hintergrund . . . . .	364
2. Entwicklung . . . . .	365
3. Rechtsgrundlagen . . . . .	366
a) Europarecht . . . . .	366
b) Bundesrecht . . . . .	367
c) Landesrecht . . . . .	367
II. Der Zweck und Schutzgegenstand des Bundes-Bodenschutzgesetzes . . . . .	368
III. Der Anwendungsbereich des Bundes-Bodenschutzgesetzes . . . . .	369
1. Schädliche Bodenveränderungen und Altlasten . . . . .	369
a) Schädliche Bodenveränderungen . . . . .	369
b) Altlasten . . . . .	370
2. Anwendungsausschluss . . . . .	371
3. Subsidiarität . . . . .	371
a) Abfallrecht . . . . .	371
b) Immissionsschutzrecht . . . . .	372
c) Wasserrecht . . . . .	373
d) Umweltschadensgesetz . . . . .	373
IV. Die Pflichten nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz . . . . .	373
1. Gefahrenabwehrpflichten . . . . .	373
2. Sanierungspflicht . . . . .	374
a) Inhalt . . . . .	374
b) Sanierungsverantwortlichkeit . . . . .	374
c) Mehrheit von Sanierungsverantwortlichen . . . . .	376
d) Ausschluss der Sanierungsverantwortlichkeit . . . . .	377
3. Vorsorgepflicht . . . . .	377
4. Entsiegelungspflicht . . . . .	378
V. Die Maßnahmen zur Sachverhaltsermittlung . . . . .	378
VI. Die Ermächtigungsgrundlagen für sonstige Anordnungen im Einzelfall . . . . .	379
VII. Die Kosten und der Wertausgleich . . . . .	380
1. Kosten . . . . .	380
a) Verhältnis Behörde-Verpflichteter . . . . .	380
b) Innenverhältnis mehrerer Verpflichteter . . . . .	380
2. Wertausgleich . . . . .	381
VIII. Die ergänzenden Vorschriften für Altlasten . . . . .	381

IX. Die Sanierungsanordnung . . . . .	382
1. Anwendbarkeit des Bundes-Bodenschutzgesetzes . . . . .	382
2. Sanierungsverantwortlichkeit . . . . .	383
a) Kreis der Anordnungsadressaten . . . . .	383
b) Grenzen der Haftung . . . . .	383
aa) Verjährung . . . . .	383
bb) Verwirkung . . . . .	384
cc) Legalisierungswirkung behördlicher Gestattungen . . . . .	384
dd) Behördliche Duldung . . . . .	385
3. Ermessen . . . . .	385
4. Verhältnismäßigkeit . . . . .	385
5. Ergebnis . . . . .	387
6. Abwandlung . . . . .	387
a) Anwendbarkeit von § 4 III 1 Var. 2 BBodSchG . . . . .	387
aa) Kein Verstoß gegen Rückwirkungsverbot . . . . .	387
bb) Verstoß gegen Rückwirkungsverbot . . . . .	388
b) Ergebnis . . . . .	388

<b>§ 10. Naturschutzrecht . . . . .</b>	<b>389</b>
I. Einleitung . . . . .	389
1. Hintergrund . . . . .	389
2. Entwicklung . . . . .	390
3. Rechtsgrundlagen . . . . .	390
a) Völker- und Europarecht . . . . .	390
b) Nationales Recht . . . . .	391
II. Die Ziele des Naturschutzes und die Rechtsdurchsetzung . . . . .	394
1. Ziele . . . . .	394
2. Rechtsdurchsetzung . . . . .	395
III. Die Landwirtschaft . . . . .	396
IV. Die Landschaftsplanung . . . . .	398
1. Funktion der Landschaftsplanung im System des Planungsrechts . . . . .	398
2. Überörtliche Landschaftsplanung . . . . .	399
a) Inhalt . . . . .	399
b) Verbindlichkeit . . . . .	400
c) Rechtsschutz . . . . .	400
3. Örtliche Landschaftsplanung . . . . .	401
a) Inhalt . . . . .	402
b) Verbindlichkeit . . . . .	402
c) Rechtsschutz . . . . .	402
V. Der allgemeine Gebietsschutz . . . . .	403
1. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung . . . . .	403
a) Ziele . . . . .	403
b) Verfahren und Zuständigkeit . . . . .	404
c) Tatbestand und Rechtsfolgen des Eingriffs . . . . .	405
aa) Eingriff . . . . .	406
bb) Pflicht zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen . . . . .	407
cc) Pflicht zur Kompensation durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen . . . . .	408

(1) Allgemeines	408
(2) Ausgleichsmaßnahmen	409
(3) Ersatzmaßnahmen	410
(4) Verfahren und Rechtsschutz	411
dd) Abwägung	412
(1) Allgemeines	412
(2) Abwägungsmängel und Rechtsschutz	412
ee) Pflicht zur Kompensation durch Ersatzzahlungen	412
(1) Allgemeines	412
(2) Verfahren und Rechtsschutz	413
2. Eingriffsregelung und Bauleitplanung	414
a) Integration ins Planungsrecht	414
b) Regelungsstruktur	415
c) Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes in der Bauleitplanung	415
aa) Eingriff	416
bb) Vermeidungsgebot	416
cc) Kompensationspflicht	416
(1) Ausgleichsinstrumentarium	417
(2) Zeitliche Anforderungen	417
(3) Durchführung und Kostenerstattung	417
3. Duldungspflichten	418
VI. Der besondere Gebietsschutz	418
1. Flächen- und Objektschutz	419
a) Unterschutzstellung	420
aa) Allgemeines	420
bb) Inhalt	420
cc) Verfahren und Form	420
b) Schutzgebiete und -objekte	422
aa) Flächenschutz	422
(1) Naturschutzgebiete	422
(2) Nationalparke	422
(3) Nationale Naturmonumente	423
(4) Biosphärenreservate	423
(5) Landschaftsschutzgebiete	423
(6) Naturparke	424
bb) Objektschutz	424
c) Rechtsschutz	425
aa) Schutz des Eigentums	425
(1) Inhalts- und Schrankenbestimmung durch Naturschutzverordnung	426
(2) Entschädigungsregelung	426
bb) Berufsfreiheit	427
cc) Kommunale Selbstverwaltungsgarantie	427
2. Biotopschutz	428
3. Insektenschutz: Verbot des Einsatzes von Biozidprodukten	428
4. Europäisches Netz „Natura 2000“	429
a) Unterschutzstellung	429

aa) FFH-Schutzgebiete . . . . .	429
bb) Potenzielle FFH-Gebiete . . . . .	430
cc) Vogelschutzgebiete . . . . .	431
b) Schutzregime . . . . .	431
aa) Verschlechterungsverbot . . . . .	431
bb) Verträglichkeitsgrundsatz . . . . .	432
(1) Projektbegriff . . . . .	433
(2) Vorprüfung . . . . .	433
(3) Verträglichkeitsprüfung . . . . .	434
(4) Ausnahmen . . . . .	436
cc) Verhältnis zum Planungsrecht . . . . .	437
c) Rechtsschutz . . . . .	438
5. Biotopverbund und -vernetzung . . . . .	439
VII. Der Artenschutz . . . . .	440
1. Bedeutung und Regelungsstandort . . . . .	440
2. Allgemeiner Artenschutz . . . . .	441
3. Besonderer Artenschutz . . . . .	442
a) Schutzregime . . . . .	442
aa) Zugriffsverbote . . . . .	442
bb) Besitz- und Vermarktungsverbote . . . . .	443
cc) Privilegierungen . . . . .	443
b) Artenschutz und Bauleitplanung . . . . .	446
c) Behördlicher Untersuchungsrahmen und Rechtsschutz . . . . .	446
4. Ausnahmen . . . . .	447
VIII. Der Meeresnaturschutz . . . . .	450
1. Allgemeines . . . . .	450
2. Naturschutz im Bereich der Küstengewässer, der AWZ und des Festlandssockels . . . . .	451
3. Naturschutz auf Hoher See . . . . .	452
IX. Die Mitwirkung und der Rechtsschutz von Naturschutz- vereinigungen . . . . .	452
1. Mitwirkungsrechte am Verwaltungsverfahren . . . . .	452
a) Allgemeines . . . . .	452
b) Voraussetzungen . . . . .	453
c) Inhalt . . . . .	453
d) Rechtsschutz . . . . .	454
e) Schwachstelle . . . . .	454
2. Naturschutzrechtliche Verbandsklage . . . . .	454
a) Allgemeines . . . . .	454
b) Voraussetzungen . . . . .	455
c) Inhalt . . . . .	455
<b>§ 11. Kreislaufwirtschaftsrecht . . . . .</b>	<b>456</b>
I. Einleitung . . . . .	456
1. Hintergrund . . . . .	456
2. Entwicklung . . . . .	456
a) Rechtslage bis 2012 . . . . .	456
b) Kreislaufwirtschaftsgesetz . . . . .	457

3. Rechtsgrundlagen	457
a) Völker- und Europarecht	457
b) Nationales Abfallrecht	459
II. Grundstrukturen und Anwendungsbereich des KrWG	460
III. Der Begriff des Abfalls	462
1. Allgemeines	462
2. Tatbestandsvoraussetzungen des Abfallbegriffs	462
a) Stoffe und Gegenstände	463
b) Erfüllung eines Entledigungstatbestands	463
aa) Tatsächliche Entledigung	464
bb) Tatsächlicher Wille zur Entledigung	464
cc) Vermuteter Wille zur Entledigung	465
dd) Nebenprodukte	466
ee) Entledigungszwang	468
3. Beendigung der Abfalleigenschaft	468
IV. Die Pflichten der Abfallvermeidung und Abfallentsorgung	470
1. Abfallvermeidung	471
2. Arten der Abfallentsorgung	472
a) Abfallverwertung	472
b) Abfallbeseitigung	473
3. Abgrenzung von Verwertung und Beseitigung	475
a) Allgemeines	475
b) Energetische Verwertung und Beseitigung	475
c) Stoffliche Verwertung und Beseitigung	476
d) Einordnung von Abfallgemischen	477
4. Entsorgungshierarchie	477
a) Vorrang der Verwertung vor der Beseitigung	477
b) Verwertungshierarchie	478
V. Die Entsorgungsverantwortung	479
1. Grundsatz der Eigenentsorgung	479
2. Überlassungspflichten	480
a) Überlassungspflicht für Hausmüll	480
b) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen	481
c) Beauftragung Dritter	482
d) Regeln zum „Wie“ der Überlassung	483
3. Abfallverantwortliche	483
4. Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger	485
VI. Das Abfallverbringungsrecht	485
VII. Die Produktverantwortung	486
VIII. Die Zulassung und Stilllegung von Abfallentsorgungsanlagen	488
1. Zulassungsbedürftigkeit	489
2. Zulassung von Deponien	490
a) Anzuwendende Vorschriften	490
b) Zulassungsanspruch	490
3. Zulassung von sonstigen Entsorgungsanlagen	492
a) Genehmigungsfähigkeit	492
b) Genehmigungsverfahren	492
c) Berücksichtigung städtebaulicher Belange	493

4. Stilllegung .....	495
a) Stilllegung .....	495
b) Nachsorgephase .....	495
IX. Die planerischen Instrumente: Abfallwirtschaftspläne und Abfallvermeidungsprogramme .....	496
Sachverzeichnis .....	497